

Das sog. „Regierungsprogramm“ der Partei „Alternative für Deutschland (AfD)“ in Sachsen-Anhalt 2026

Meine persönliche Stellungnahme:



Weihbischof Dr. Reinhard Hauke

Ich wurde 1953 in Weimar geboren. Ich habe als Priester 10 Jahre, zwischen 1979 und 1989, unter den Bedingungen des real-existierenden Sozialismus gearbeitet. Kirchliches Leben war auch unter der Bedingung des atheistischen Staates möglich, wurde jedoch konsequent behindert und aus der Öffentlichkeit verdrängt. Förderungen gab es hin und wieder für kirchliche Anliegen im Bereich Denkmalpflege. Kirchliche Schulen waren verboten, weil der Staat die Oberhoheit über die Bildung allein für sich beanspruchte. Kirche durfte sich um Behinderte kümmern und auch Krankenhäuser behalten, die eine alte Tradition hatten. Bestehende Kindergärten durften in kirchlicher Trägerschaft bleiben, aber neue nicht eröffnet werden. Die Kirche durfte kein Eigentum erwerben und auch in der Öffentlichkeit nur unter Beobachtung agieren, wenn z.B. Wallfahrten waren. Es wurde erwartet, dass die Predigten vorgelegt werden, was aber kaum geschah. Wichtig war uns, dass wir die Gläubigen, die den Predigten zuhörten, nicht in Schwierigkeiten bringen. Vor allem aber war das Bekenntnis zum Glauben und zur Kirche für die meisten mit großen persönlichen Nachteilen und politischem Druck verbunden.

1989 waren diese Repressalien vorbei. Gott sei Dank für dieses Wunder!

Nun erleben wir, wie sich eine neue Ideologie breit macht, die den Kirchen Schaden zufügen will. Es ist anmaßend, dass eine Partei in einem Wahlprogramm entscheidet, was Christentum ist. Das haben sich nicht einmal die Kommunisten getraut!

Bitte geben Sie diese Informationen über die Absichten der AfD in Ihrem Freundeskreis weiter. Ich hoffe, dass der demokratische Geist nicht erloschen ist. Ich bin bereit, wieder mit Kerzen auf die Straßen zu gehen und auf ein neues Wunder zu hoffen, das uns hilft, das Leben der Kirchen zu erhalten.

Wir müssen wachsam sein!

Aus dem sog. „Regierungsprogramm“ der Partei „Alternative für Deutschland (AfD)“ in Sachsen-Anhalt 2026 mit Zitaten

III. Kultur und Integration

(Zeile 1619) 17. Staatsleistungen sofort einstellen!

Jedes Jahr zahlt das Land Sachsen-Anhalt den großen Kirchensteuerkirchen über 40 Millionen Euro Steuergeld als sogenannte „Staatsleistungen“. Diese Zahlungen sind letztlich eine Entschädigung für Kirchengüter, die 1803 enteignet wurden. Schon die 1919 in Kraft getretene Weimarer Reichsverfassung forderte, diese Staatsleistungen abzulösen, ohne dass dem nachgekommen worden wäre. Aktuell wird zwar wieder über die Einstellung der Staatsleistungen diskutiert, jedoch bestehen die Kirchen darauf, als Ablöse einen Kapitalstock zu erhalten, dessen Zinsen die Staatsleistungen kompensieren. Selbst unter Annahme eines hohen Zinssatzes von 4 Prozent müsste das Land der Kirche eine Milliarde Steuergeld überweisen. Da das Land dieses Geld nicht hat, geschieht wieder nichts.

So kann es nicht weitergehen! Die AfD vertritt die von namhaften Juristen unterstützte Ansicht, dass die Staatsleistungen ohne weitere Kompensation eingestellt werden können. Und anders als die Altparteien haben wir dazu auch den politischen Willen! Wir werden alles dafür tun, den Kirchen nicht mehr mit absurder Begründung Jahr für Jahr 40 Millionen Euro in den Rachen zu werfen. Dies ist auch allein deshalb geboten, weil die großen Kirchen nicht mehr den christlichen Glauben pflegen, sondern die Regenbogenideologie. Sie entfalten nicht nur keine die Gesellschaft stabilisierende Wirkung mehr, sondern treiben, im Gegenteil, das gesellschaftliche Zerstörungswerk der Altparteien mit voran. (Zeile 1640)

(Zeile 1656) 19. Christentum fördern – Kleine Kirchen fördern!

Das Christentum ist nicht nur ein wesentlicher Teil unserer Europäischen Kultur, es bietet auch Halt im Glauben und jenseitige Orientierung. Wer sich zum Christentum und der christlichen Ethik bekennt, handelt nachhaltiger und leistet einen wertvollen Beitrag zu unserem Gemeinwesen. Dass wir die Privilegien der Kirchensteuerkirchen abschaffen wollen, bedeutet nicht, dass wir den christlichen Glauben ablehnen – im Gegenteil. Gerade weil wir um die Bedeutung des Christentums wissen, greifen wir die Kirchensteuerkirchen an, denn die großen Kirchen schaden dem Glauben. Sie verlieren nicht ohne Grund immer mehr Mitglieder, während sich in vielen kleinen Kirchen und Glaubensgemeinschaften eine wahre Renaissance des Christentums abspielt. Wir werden Instrumente entwickeln, um diese kleinen Kirchen zu fördern. In Freikirchen, Baptistengemeinden und orthodoxen Kirchen wird ein authentischer und vitaler Glaube praktiziert, der die kulturelle Wende, die wir anstreben, vielfältig unterstützt. (Zeile 1670)

XVI. Finanzen und Steuern

(Zeile 5385) 5. Staatlichen Kirchensteuereinzug einstellen!

Aktuell genießen die beiden großen Kirchen das Privileg, dass der Staat für sie die Kirchensteuer einzieht, die sich nach Höhe der Einkommenssteuer bemisst. Dieses Privileg belastet die Verwaltung und ist nicht mehr gerechtfertigt. Wir werden uns deshalb auf Bundesebene dafür einsetzen, den staatlichen Kirchensteuereinzug abzuschaffen. Die Kirchen können wie andere Vereine auch ihre Mitgliedsbeiträge selbst einziehen. (Zeile 5392)